

# Kein Geld für Breitenbach

## Nunningen Stützpunktfeuerwehr erhält nichts

JÜRIG JEANLOZ

Der Gemeinderat von Nunningen lehnt das Ansinnen ab, sich an der Stützpunktfeuerwehr von Breitenbach zu beteiligen. Ab 2010 werden die Schweizerischen Isola-Werke AG in Breitenbach ihren freiwilligen Beitrag von 100 000 Franken an die Stützpunktfeuerwehr sistieren. Der Gemeinderat hat deshalb die umliegenden Gemeinden angeschrieben und um einen Solidaritätsbeitrag pro Einwohner gebeten. Der Gemeinderat von Nunningen beschloss an seiner Sitzung einstimmig, kein Geld nach Breitenbach zu schicken.

«Wir haben eine gut funktionierende Feuerwehr und keine Probleme bei der Rekrutierung des Nachwuchses», argumentierte Gemeindepräsident Kuno Gasser. Nunningen hätte ohnehin hohe Feuerwehrkosten, weil die Lokalmiete im Gegensatz zu anderen Gemeinden ins Gewicht falle. Gemeinderat Hans Göller vertrat die Meinung, dass ein Zusammenschluss der Feuerwehren von Nunningen und Zullwil eher angezeigt wäre. «Breitenbach will einfach Geld und dem kommen wir nicht nach», war sein Fazit. «Was passiert, wenn wir nein sa-

gen?», fragte ein weiteres Ratsmitglied. Breitenbach habe zu wenig Einwohner für eine Stützpunktfeuerwehr und sei auf das Geld angewiesen. Heute würden die Kosten 38 Franken je Einwohner betragen, nach Wegfall des Isola-Beitrags 68 Franken.

### Hilfe in Solothurn holen

Gasser wies darauf hin, dass die Feuerwehren von Breitenbach und Büsserach fusionieren könnten, dass aber die Büsseracher davon nichts wissen wollten. Eine vertiefte Zusammenarbeit zwischen den Feuerwehren von Laufen und Breitenbach sei eine weitere Option. Er denke an Öl-, Chemie- und Strahlenwehr, die gemeinsam abgedeckt werden könnten.

«Breitenbach muss sich Unterstützung in Solothurn holen», war Gasser überzeugt. Die Gebäudeversicherung des Kantons solle höhere Unterstützungsbeiträge ausrichten und ein Konzept für die ganze Region ausarbeiten. Der Kanton müsse sich auch überlegen, welche Qualität überhaupt notwendig sei. Es könne nicht sein, dass die finanziell schwachen Gemeinden schon wieder zur Kasse gebeten werden.